

Bohnet, Michael (2019): Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Erfolge, Misserfolge, Zeitzeugen, Herausforderungen, 2., überarb. u. akt. Auflage (UTB-Nr. 4320), München, S. 98f.

## **Stimmen von Zeitzeugen**

### **Prof. Uwe Holtz**

*Von 1974 bis 1994 Vorsitzender des AwZ und seit 1987 Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn*

### **Ein Real- und wirkmächtiger Entspannungspolitiker in Nord-Süd-Fragen**

Im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AwZ) erlebte ich *Egon Bahr* als kompetenten Realpolitiker und souveränen Gesprächspartner. Bahr sah sich allerdings sowohl im AwZ als auch in der Öffentlichkeit harten Attacken seitens der CDU/CSU-Opposition, vor allem ihres entwicklungspolitischen Sprechers, ausgesetzt. So wurden ihm Traamtänzertum und Verrat an der Marktwirtschaft vorgeworfen, als er im Laufe der Verhandlungen über das neue Abkommen von Lomé zwischen der EG und 46 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (1975) sowie anlässlich der 4. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (1976) die Stabilisierung von Rohstoff-Exporterlösen und Rohstoffabkommen befürwortete – übrigens im Einklang mit der Mehrheit des Deutschen Bundestages. Der Oppositionssprecher denunzierte die Aufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit dem sich demokratisierenden Portugal als Finanzierung eines Vorpostens Moskaus.

Als Entwicklungsminister setzte Bahr vor allem auf die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit; die multilaterale Zusammenarbeit wollte er auf 30 Prozent der Entwicklungsausgaben beschränkt sehen. Wir im AwZ haben immer für einen pragmatischen Ansatz geworben und strikte quantitative Vorgaben weder für die bi- noch die multilaterale Zusammenarbeit für sinnvoll gehalten.

Oppositionspolitiker, die nach einer Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Chile und damit dem Pinochet-Regime (seit 1973 durch einen Militärputsch an der Macht) riefen, beschied Bahr überzeugend und apodiktisch: Länder, die über eine lange demokratische Tradition (wie Chile) verfügen und jetzt diktatorisch regiert sind, können nicht mit einer entwicklungspolitischen Unterstützung seitens der Bundesrepublik rechnen.

Die Anregung, einen Sitz des BMZ im Bundessicherheitsrat (besonders wegen der dort behandelten Rüstungsexporte) anzustreben, griff er während seiner Amtszeit nicht auf – wohl wegen des zu erwartenden Ärgers bei umstrittenen Exporten in Entwicklungsländer. (Ständiges Bohren und Insistieren führten erst 1998 mit der rot-grünen Bundesregierung zum Erfolg: Seitdem ist das BMZ Mitglied im Bundessicherheitsrat.)

Der wirkmächtige Entspannungspolitiker zwischen Ost und West dachte auch in seinem neuen Metier weit über den Tag hinaus, als er für eine „wirtschaftliche Entspannung“ zwischen Nord und Süd plädierte.